

Affären/CDU/Reaktionen/
(dpa-Gespräch)

Von Arnim: Kohl hat politische Kultur beschädigt =

Speyer (dpa/lrs) - Der Parteienkritiker Hans Herbert von Arnim hat Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl vorgehalten, er sei für den Niedergang der politischen Kultur verantwortlich. «Helmut Kohl ist der Exponent von Praktiken, die die politische Kultur seit langem in gravierender Weise beschädigen», sagte von Arnim der Deutschen Presso-Agentur (dpa) am Mittwoch in Speyer. Dies seien unter anderem Doppelbezahlungen an Politiker, Bargeldzahlungen in bis zu sechsstelliger Höhe, Ämterpatronage und erschlichene Überversorgungen.

An fast allen Erscheinungsformen dieser «korruptiven Praktiken» sei Kohl nachweislich persönlich beteiligt gewesen, sagte der Professor der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften. Nicht zu unrecht sei die Schelte Richard von Weizsäckers, die politische Klasse mache sich den Staat zur Beute, vornehmlich als Kritik an Helmut Kohl persönlich verstanden worden.

Zu seiner Zeit als CDU-Fraktionsvorsitzender im Mainzer Landtag habe Kohl selbst auf der Gehaltsliste eines Ludwigshafener Chemieverbandes gestanden und später nichts gegen derartige Doppelbezahlungen von Abgeordneten unternommen, erklärte der Verwaltungswissenschaftler. Er nannte das Beispiel des CDU-Europa-Abgeordneten Elmar Brok, der als Leiter des Bertelsmann-Lobbybüros in Brüssel ein hohes Zusatzsalar beziehe. Derartige Doppelbezahlungen gefährdeten die Unabhängigkeit der Abgeordneten.

Der Straftatbestand der Abgeordnetenkorruption sei von den Abgeordneten «in eigener Sache» so eng gefasst worden, dass er nie zur Anwendung kommen werde, sagte der Jurist. Auch an dubiosen Bargeldauszahlungen sei Kohl persönlich beteiligt gewesen. Einem Urteil des Landgerichts Bonn zufolge habe er vom Flick-Konzern 515 000 Mark in bar erhalten. Im Untersuchungsausschuss zum Thema habe sich Kohl nicht weniger als 79 mal auf Erinnerungsschwächen berufen.

Das Problem der parteilichen Ämterpatronage im öffentlichen Dienst, bei Gerichten, Medien und staatsnahen Unternehmen habe Kohl ebenfalls verdrängt, kritisierte von Arnim weiter. Seine Regierung auf eine parlamentarische Anfrage lapidar geantwortet, dass es so etwas nicht gebe.

Bei der eigenen Versorgung sei Kohl nicht zimperlich gewesen. Kurz nach seinem Amtsantritt als rheinland-pfälzischer Ministerpräsident habe er in Absprache mit SPD und FDP einen Gesetzesänderung durchgesetzt, mit der die Pensionen der Minister drastisch erhöht wurden. Im Gegenzug für die parteiübergreifenden Absprachen seien die Diäten der Abgeordneten erhöht und die Gelder für die Fraktionen verdoppelt worden. «Dies war das auch in anderen Ländern und in Bonn gepflegte Muster, mit dem die staatliche Politikfinanzierung in den vergangenen 30 Jahren auf das zehnfache Volumen hochgeschleust wurde.»

Die derzeit diskutierten Fälle um Kohl oder den zurückgetretenen niedersächsischen Regierungschef Gerhard Glogowski (SPD) seien nur die Spitze des Eisbergs. Die «geradezu gewohnheitsmäßigen Verletzungen» des Parteiengesetzes seien keineswegs nur Ausdruck eines bestimmten parteiinternen Führungsstils. «Sie sind nur eine von vielen Erscheinungsformen bedenkenloser Übergriffe von Berufspolitikern zu ihren eigenen Gunsten und zu Lasten der politischen Kultur in unserer Demokratie.» Von Arnim äußerte die Hoffnung, dass die Öffentlichkeit die notwendigen Reformen erzwingen und durchgreifende Vorkehrungen zur Unterbindung der Missbräuche und Fehlentwicklungen getroffen werden. Erster Prüfstein sei, ob der

**Bundestagspräsident die ganze Schärfe des Parteiengesetzes auch auf
die Mächtigen im Staat anwende.**

dpa/lrs ce yy rw
011222 Dez 99